

## SITZUNG N° 7/2015 vom 5. Oktober 2015

---

**Beginn: 16.00 Uhr**

Anwesend:

### **C S V**

WOLTER Michel, Bürgermeister  
STURM Richard, Schöffe  
PIRROTTE Frank, Rat  
HAMES Joseph, Rat  
SCHOLLER Guy, Rat

### **DÉI GRÉNG**

SIEBENALER-THILL Josée-Anne, Schöffin  
HANSEN Marc, Rat

### **B I G K**

JEANPAUL Jeannot, Schöffe  
ROBINET René, Rat

### **L S A P**

CRUCHTEN Yves, Rat  
SASSEL Eric, Rat, entschuldigt  
THILL Jos, Rat  
FUSULIER Lucien, Rat  
SCHMIT Danielle, Rätin, entschuldigt  
REUTER Fred, Rat  
RUCKERT Arsène, Rat

### **D P**

FUNCK Nico, Rat

## **TAGESORDNUNG:**

1. Nicht öffentliche Sitzung – Personalfragen in den Maisons Relais.
2. Nicht öffentliche Sitzung – Personalfragen in den Maisons Relais.
3. Nicht öffentliche Sitzung – Personalfragen in den Maisons Relais.
4. Mitteilungen des Schöffengerates.
5. Straßenbau – Gutheißen des Projektes mit Kostenvoranschlag zur Erneuerung der unterirdischen Netze in Oberkerschen („Rue de l'Ecole“, „Rue de l'Eglise“, „Rue du Coeur“, „Closebiérg“, „Rue du Moulin“ und „Rue de Schouweiler“.
6. Straßenbau – Gutheißen des Projektes mit Kostenvoranschlag zur Neugestaltung der „Rue des Prés“ in Niederkerschen.
7. Allgemeiner Bebauungsplan (P.A.G.) – Punktuelle Änderung bezüglich des Ortszentrums von Küntzig.
8. Flüchtlingspolitik – Diskussion und Beschluss.
9. Verwaltungsangelegenheiten – Diskussion über den Abschlussbericht bezüglich der Reorganisation des technischen Gemeindedienstes.
10. Verwaltungsangelegenheiten – Gutheißen des neuen Organigramms des technischen Gemeindedienstes.
11. Verwaltungsangelegenheiten – Schaffen von 4 Handwerkerposten.
12. Verwaltungsangelegenheiten – Schaffen eines Handwerkerpostens mit Meisterbrief.
13. Verwaltungsangelegenheiten – Schaffen eines Postens eines Gemeindebeamten in der Laufbahn des Redakteurs.
14. Außerordentlicher Haushalt 2015 – Gutheißen eines zusätzlichen Kredits bezüglich des Regenwasser-Leitungsnetzes unter dem Küntziger Fußballfeld.
15. Außerordentlicher Haushalt 2015 – Gutheißen eines zusätzlichen Kostenvoranschlags bezüglich des Regenwasser-Leitungsnetzes unter dem Küntziger Fußballfeld.
16. Außerordentlicher Haushalt 2015 – Gutheißen eines zusätzlichen Kredits bezüglich der neuen Umkleieräume des Küntziger Fußballfelds.

17. Außerordentlicher Haushalt 2015 – Gutheißen eines zusätzlichen Kostenvoranschlags bezüglich der neuen Umkleieräume des Küntziger Fußballfelds.
18. Außerordentlicher Haushalt 2015 – Gutheißen eines zusätzlichen Kredits bezüglich der neuen Sporthalle in Linger.
19. Außerordentlicher Haushalt 2015 – Gutheißen eines zusätzlichen Kostenvoranschlags bezüglich der neuen Sporthalle in Linger.
20. Außerordentlicher Haushalt 2015 – Gutheißen eines Spezialkredits bezüglich der Instandsetzung der Oberkerschener Kindertagesstätte.
21. Sozialamt – Gutheißen der Jahresbilanz 2013.
22. Gemeingut – Zurückstufung einer Parzelle im Ort „Avenue de Luxembourg“, Niederkerschen.
23. Gemeingut – Zurückstufung von zwei Parzellen im Ort „Rue de Grass“, Küntzig.
24. Konventionen – Gutheißen eines Abkommens zwischen dem Schöfferrat und den Eheleuten Back-Scheerer im Rahmen der Neugestaltung der „Rue de la Résistance“ in Niederkerschen.
25. Verkehrsverordnungen – Gutheißen von zeitlich begrenzten Verkehrsreglementen.
26. Fragen und Antworten.

### **Punkte 1 - 3: Nicht öffentliche Sitzung - Personalfragen in den Maisons Relais.**

*Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurden diese Punkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.*

### **Punkt 4: Mitteilungen des Schöffenrates.**

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Zu Beginn möchte ich darauf hinweisen, dass wir dem Gemeinderat heute vorschlagen, die konsequente Modernisierung unserer Gemeinde weiterzuführen, indem wir rund 5,5 Millionen € in zwei wichtige Straßenbauprojekte investieren: einerseits die Erneuerung der unterirdischen Netze im Zentrum von Oberkerschen, andererseits die Umgestaltung der „Rue des Prés“ in Niederkerschen. Wir werden uns heute mit der Flüchtlingsproblematik beschäftigen und die Position unserer Gemeinde zu diesem Thema definieren. Nicht zuletzt werden wir uns mit der Reorganisation unseres technischen Gemeindedienstes befassen.

Das Straßenbauprojekt „Rue de la Résistance“ ist bekanntlich jetzt auf Höhe der Kirche angekommen. Nach unseren Informationen liegt die zweite Phase im Ministerium zur Unterschrift bereit, so dass wir davon ausgehen, dass im April oder Mai 2016 mit dem Beginn der zweiten Phase zu rechnen ist. Wir haben zudem in Erfahrung gebracht, dass die Straße zwischen Linger und dem „Schack“ im kommenden Jahr auf dem Programm der Straßenbauverwaltung steht. Wir begrüßen es, dass der Staat hier seine Verantwortung übernimmt und weiterhin in die Straßeninfrastrukturen unserer Gemeinde investiert. Für uns gilt es, die einzelnen Baustellen bestmöglich zu koordinieren, um größeren Problemen im Straßenverkehr vorzubeugen.

In der letzten Sitzung haben wir uns mit dem Spazierweg im „Stach“ in Oberkerschen beschäftigt. Es wurde die Frage aufgeworfen, wie es um das Teilstück steht, das nicht in den beiden vorgestellten Projekten behandelt wird. Ich kann hierzu sagen, dass am 9. Oktober der Belag auf diesem Teilstück ausgebessert wird, was jedoch nur eine zeitbegrenzte Lösung darstellt. Es gilt weiterhin, eine endgültige Lösung zu finden.

### **Punkt 5: Straßenbau – Gutheißen des Projektes mit Kostenvoranschlag zur Erneuerung der unterirdischen Netze in Oberkerschen („Rue de l’Ecole“, „Rue de l’Eglise“, „Rue du Choeur“, „Closebierg“, „Rue du Moulin“ und „Rue de Schouweiler“.**

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Das Projekt wurde ausgearbeitet vom Ingenieurbüro Zolid. Ich bitte Herrn Ziewers, dem Gemeinderat das Projekt mit einem Kostenvoranschlag von 1.630.000 € vorzustellen.

**Herr Tom ZIEWERS (Ingenieurbüro Zolid):** Das Projekt erstreckt sich über den Dorfkern von Oberkerschen, die „Rue de Schouweiler“ bis zum ehemaligen Fußballfeld, sowie noch ein Teilstück dieser Straße zwischen der „Rue Belair“ und der „Avenue de Luxembourg“.

Die auszuführenden Arbeiten sind nicht an allen Orten die gleichen. Im Dorfkern verlegt die Post Hochgeschwindigkeitsleitungen und die Gemeinde erneuert die Wasserleitungen und die öffentliche

Beleuchtung. Auf dem unteren Teilstück der „Rue de Schouweiler“ trifft die Firma Creos Vorkehrungen für eine Hochspannungsleitung und auf dem oberen Stück werden alle unterirdischen Netze neu geordnet.

Es war der Wunsch des Schöffenrates, dass die Bürgersteige im Dorfzentrum nach den Arbeiten nicht geflickt, sondern neu gestaltet werden, um so ein einheitliches Bild abzugeben, ähnlich wie im Zentrum von Niederkerschen. Bis auf ein kleines Stück in der „Rue de Schouweiler“ wird nicht an der Gasleitung gearbeitet. Der Abwasserkanal wird lediglich an wenigen Stellen, welche bei einer Kamerabefahrung als schlecht befunden wurden, repariert oder ersetzt.

Der Gesamtkostenvoranschlag für die Gemeinde beläuft sich auf 1.630.000 €; Eltrona, Sudgaz und Post übernehmen ihren jeweiligen Teil. Die Arbeiten werden voraussichtlich im Frühjahr 2016 beginnen und schätzungsweise 12 bis 18 Monate andauern.

**Rat Jos THILL (LSAP):** Wenn der Bürgersteig lediglich intervallmäßig erneuert wird, sieht das am Ende doch nach Flickarbeit aus.

**Herr Tom ZIEWERS (Ingenieurbüro Zolid):** Der Bürgersteig wird überall erneuert, wo es möglich ist. An einzelnen Stellen gibt es beispielsweise gar keinen, an anderen sind wir auf die Erlaubnis der Hauseigentümer angewiesen.

**Rat Yves CRUCHTEN (LSAP):** Die Dauer der Arbeiten beträgt also zwischen 12 und 18 Monaten. Bedeutet das, dass an allen Stellen während diesem Zeitraum gearbeitet wird?

**Herr Tom ZIEWERS (Ingenieurbüro Zolid):** Es ist nicht vorgesehen, an allen Stellen gleichzeitig einen Straßengraben zu ziehen, jedoch wird es nicht möglich sein, immer bloß an einem Ort zu arbeiten.

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Wir werden den Ablauf dieses Straßenbauprojektes, besonders in der „Rue de Schouweiler“, mit denen in der „Rue de la Résistance“ und der Strecke zwischen Linger und dem „Schack“ koordinieren müssen.

**Herr Claude GOEDERT (Gemeindeingenieur):** Im oberen Teil der „Rue de Schouweiler“ wird der Verkehr mit einer Ampel geregelt werden, da dort hauptsächlich die Bürgersteige aufgerissen werden. Der untere Teil wird besonders zu koordinieren sein.

**Rat Jos THILL (LSAP):** Wird die Endabrechnung global geschehen oder einzeln für jede Straße?

**Herr Tom ZIEWERS (Ingenieurbüro Zolid):** Eine Aufteilung nach Straßen ist nicht vorgesehen. Die Endabrechnung wird einzeln für jeden Betreiber geschehen.

**Rat Arsène RUCKERT (LSAP):** Laut Plan wird keine Postleitung in der „Rue de l'Ecole“ verlegt. Was ist der Grund dafür?

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Die Häuser an der rechten Straßenseite gehören zur „Rue de l'Eglise“ und werden von der Vorderseite angeschlossen. Ich gehe davon aus, dass das einzige Haus an der linken Seite bereits über einen Anschluss verfügt.

**Rat Joseph HAMES (CSV):** Wurde bei den Planungen daran gedacht, dass irgendwann eine Wohnsiedlung am Ende der „Rue de l'Eglise“ entstehen wird?

**Herr Claude GOEDERT (Gemeindeingenieur):** Bisher haben wir noch keine Zahlen, was dieses zukünftige Projekt angeht. Bei diesen Straßenbauarbeiten ist der Kanal ohnehin nicht betroffen.

**Rat Marc HANSEN (déi gréng):** Bei diesem Projekt wird also lediglich an den unterirdischen Infrastrukturen gearbeitet, und nichts an den Abmessungen der Straßen und Bürgersteigen verändert?

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** An vielen Stellen könnte man ohnehin nichts ändern, da die Straßen meist nicht breit genug sind um einen Bürgersteig breiter oder die Fahrspur enger zu gestalten.

**Rat Joseph HAMES (CSV):** Werden die Beleuchtungsmasten alle ersetzt?

**Herr Tom ZIEWERS (Ingenieurbüro Zolid):** Im Kostenvoranschlag ist ein Posten mit 60.000 € für die Straßenbeleuchtung vorgesehen. Ich kann allerdings zu diesem Zeitpunkt nicht sagen, ob dies reicht, um alle Masten zu ersetzen.

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 6: Straßenbau – Gutheißen des Projektes mit Kostenvoranschlag zur Neugestaltung der „Rue des Prés“ in Niederkerschen.**

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Die „Rue des Prés“ ist eine der längsten Straßen unserer Gemeinde (die Staatsstraßen ausgenommen). Besonders im oberen Teil gibt es bei starken Regenfällen regelmäßig Probleme durch Überschwemmungen. Um diese in den Griff zu bekommen, mussten wir uns über 1,5 km von der „Mierbaach“ bis nach oben durcharbeiten. Bekanntlich ist der Teil von der „Mierbaach“ bis zur „Rue Emile Bofferding“ fertiggestellt, so dass nun die „Rue des Prés“ an der Reihe ist. Wir stimmen heute das ganze Projekt, wissend dass wir noch klären müssen, ob wir

es in einer Phase oder doch in zwei Phasen umsetzen. Die Umsetzung ist nun umso wichtiger, da ein gesondertes Bauprojekt dort in Planung ist. Die Bauherren werden sich an den Kosten beteiligen.

Dieses Projekt mit einem Kostenvoranschlag von 4.145.000 € wird von Herrn Stolwijk und Frau Weisslinger vom Büro „Schroeder & Associés“ vorgestellt.

**Frau Laure WEISSLINGER (Schroeder et associés):** Die Länge der „Rue des Prés“ beträgt zirka 900 Meter. Aktuell besteht sie aus einem Bürgersteig und Häusern auf einer Seite sowie aus einer recht breiten Fahrspur. Nach der Neugestaltung wird sie einen zweiten Bürgersteig sowie einzelne Parkstreifen haben und die Fahrspur wird enger.

Das Projekt wird in zwei Lose unterteilt. Das erste Los betrifft das Teilstück zwischen der „Rue Emile Bofferding“ und der „Rue Bechel“. Hier werden die Kosten zwischen der Gemeinde und den Projektträgern des gesonderten Bauprojekts aufgeteilt. Das zweite Los betrifft den Teil zwischen der „Rue Bechel“ und der „Rue Belair“.

Bei beiden Losen sind Parkstreifen abwechselnd an beiden Straßenseiten vorgesehen. Um die Verkehrsgeschwindigkeit zu drosseln, wird die Fahrspur auf 4m50, an einzelnen Stellen gar auf 3m50, reduziert. Für den Bürgersteig wird der gleiche Pflasterstein benutzt wie bereits im Bereich um die „Rue de l’Ecole“. Beim ersten Los werden für das gesonderte Bauprojekt alle unterirdischen Netze verlegt, also Strom, Beleuchtung, Gemeinschaftsantenne, Gas und Wasser. Auf Seiten der Gemeinde werden über die gesamte Länge der Straße ein Regenwasserkanal sowie ein neuer Mischwasserkanal verlegt, sowie die Wasserleitung und die Beleuchtung erneuert.

Der Gesamtkostenvoranschlag beträgt 4.145.000 €, wovon rund 1.100.000 € zu Lasten der Projektträger des gesonderten Bauprojektes entfallen. Die Dauer der Arbeiten wird auf 300 Arbeitstage geschätzt. Beginn der Baustelle ist voraussichtlich Sommer 2016.

**Rat Jos THILL (LSAP):** Wie lang sind die Stellen, an denen die Fahrspur nur 3,5 m breit ist?

**Herr Adrien STOLWIJK (Schroeder et associés):** Diese Stellen sind nur wenige Meter lang. Die Straße liegt in einer 30er Zone, deshalb haben wir versucht, den Verkehr durch solche Maßnahmen zu bremsen.

**Herr Claude GOEDERT (Gemeindeingenieur):** Man muss dazu auch sagen, dass an einer Stelle ein Spielplatz vorgesehen ist. Dort haben wir besonders Wert darauf gelegt, dass die Autofahrer abbremsen müssen, um die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten. Selbstverständlich ist die Fahrspur immer noch breit genug, damit auch die Müllabfuhr problemlos durchkommt.

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Uns wird regelmäßig berichtet, dass die „Rue des Prés“ morgens und abends dem Berufsverkehr als Alternative dient, und die Leute teils mit unerhörten Geschwindigkeiten durchfahren. Mit diesen Maßnahmen wird sie auch visuell zu einer 30er-Straße, die eigentlich nicht dem Durchgangsverkehr dient.

**Rat Marc HANSEN (déi gréng):** Ich begrüße diese Sicherheitsvorkehrungen ganz besonders, zumal sie auch der sanften Mobilität dient. Was die Kapazität der Wasserrückhaltung angeht, wurden zukünftige Wohnsiedlungen mit einberechnet?

**Herr Claude GOEDERT (Gemeindeingenieur):** Die Kanalisation ist so konzipiert, dass sie auch für spätere Bauprojekte zwischen der „Rue des Prés“ und der Luxemburger Straße ausreicht. In diesem Fall muss jedoch der Bauherr in seinem Bebauungsprojekt jeweils selbst für genügend Rückhaltung sorgen.

**Rat Arsène RUCKERT (LSAP):** Wird der erwähnte Spielplatz extra abgesichert?

**Frau Laure WEISSLINGER (Schroeder et associés):** Auf Höhe des Spielplatzes ist die Straße insofern eingengt, dass keine zwei Autos sich kreuzen können, was bedeutet, dass die Autofahrer hier abbremsen müssen.

**Rat Jos THILL (LSAP):** Ich gehe davon aus, dass genügend Fußgängerübergänge eingezeichnet werden.

**Herr Adrien STOLWIJK (Schroeder et associés):** Eigentlich werden seit geraumer Zeit keine Zebrastreifen mehr in 30er-Zonen angebracht, außer in unmittelbarer Nähe zu Schulen.

**Rat Joseph HAMES (CSV):** Im Rahmen des Bebauungsprojekts entlang der „Rue des Prés“ wurde ein Fußgängerweg vorgesehen, welcher diese Straße mit der „Cité um Bechel“ verbindet. Wer wird diesen anlegen: die Gemeinde oder der Bauherr?

**Herr Claude GOEDERT (Gemeindeingenieur):** Im diesbezüglichen Abkommen wurde festgehalten, dass der Bauherr diesen Weg anlegen muss.

*Einstimmiger Beschluss.*

## **Punkt 7: Allgemeiner Bebauungsplan (P.A.G.) – Punktuelle Änderung bezüglich des Ortszentrums von Küntzig.**

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Der Allgemeine Bebauungsplan der Gemeinde Käerjeng wurde vor ein paar Monaten mit dem Gutheißenden des Gemeinderates auf den Instanzenweg geschickt. Wir hatten damals einige Parzellen zwischen der „Rue de Sélange“ und der „Rue de la Montagne“, teils als „P.A.P. Nouveaux quartiers“ und teils als „P.A.P. Quartiers existants“ eingestuft. Im Rahmen der Planungen bezüglich der zukünftigen Gestaltung des Zentrums von Küntzig ist uns aufgefallen, dass man diese Parzellen besser alle in die gleiche Kategorie eingestuft hätte.

Ich möchte im Namen des Schöffenrates den Gemeinderat informieren, dass wir am 27. Oktober eine öffentliche Informationsversammlung in Küntzig organisieren werden, während der wir der Bevölkerung unsere Ideen für die Gestaltung des Küntziger Ortszentrums vorstellen möchten.

**Frau Carole JUTTEL (Gemeindearchitektin):** Die besagten Parzellen grenzen an den Küntziger Schulkomplex. Es geht in erster Linie um das unmittelbare Umfeld der „Maison Droy“. Die aktuelle Situation sieht vor, dass im Fall eines Bebauungsprojektes neben der „Maison Droy“ das Gebäude in zwei unterschiedlich klassierten Zonen liegen würde. Um diese Ungereimtheit aus der Welt zu schaffen, möchten wir die bisher als „P.A.P. Nouveaux quartiers“ eingestufte Zone als „P.A.P. Quartiers existants“ einstufen.

**Rat Fred REUTER (LSAP):** Ich habe das Dossier studiert und möchte wissen, was mit „Abriss und Wiederaufbau von existierenden öffentlichen Strukturen“ gemeint ist.

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Ich möchte der Informationsversammlung nicht vorgreifen. Wir haben beschlossen, die Früherziehungsklasse auf den Schulkampus umzusiedeln, damit sämtliche schulischen Strukturen von Küntzig an einem zentralisiert sind. Zudem möchten wir den Festsaal durch eine zeitgemäße Struktur ersetzen. Für weitere Einzelheiten verweise ich auf den 27. Oktober.

**Rat Yves CRUCHTEN (LSAP):** Ich begrüße die Idee des Schöffenrates, alle schulischen und außerschulischen Infrastrukturen an einem Ort zu zentralisieren, Das macht vieles einfacher. Erlauben Sie mir jedoch die Frage, ob das, was wir jetzt hier umklassieren sollen, ausreicht für die geplante Gestaltung.

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Die besagte Fläche ist vollkommen ausreichend für das, was wir in den kommenden Jahren realisieren möchten. Die Gemeinde Küntzig hatte im Jahr 2011 noch das Grundstück „Maison Meyer“ erworben, was ein exzellenter Entschluss war, denn so verfügt die Gemeinde über ein Areal von 4,5 Hektar, auf dem öffentliche Infrastrukturen für die nächsten Jahrzehnte realisiert werden können.

*Einstimmiger Beschluss.*

## **Punkt 8: Flüchtlingspolitik – Diskussion und Beschluss.**

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** In der letzten Gemeinderatssitzung wurde die Flüchtlingsmisere in der Fragestunde angesprochen. Da uns dies nicht der geeignete Kader für eine solche Problematik scheint, haben wir beschlossen, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen und somit allen Parteien die Möglichkeit zu geben, öffentlich dazu Stellung zu beziehen.



**Rat Marc HANSEN (déi gréng):** Ich bin erfreut, dass meine Frage dazu geführt hat, dass heute in der öffentlichen Sitzung über diese Problematik diskutiert werden kann. Ziel meiner Frage war, eine sachliche Debatte über dieses ernstzunehmende Thema anzuregen. Deshalb hatte ich eine Arbeitssitzung des Gemeinderates vorgeschlagen, so dass jedes Mitglied seine Meinung darlegen könnte und wir im Konsens einen für Käerjeng angepassten Beitrag in der Unterbringung der Flüchtlinge leisten könnten. Dies war mir eigentlich misslungen, denn es entbrannte eine unerwartete öffentliche Debatte, die an sich nichts mit der eigentlichen Frage zu tun hatte.

Ich fand es unangebracht, wie Herr Cruchten bei diesem Thema auf die altbekannte Unstimmigkeit zwischen der LSAP und der politischen Mehrheit bezüglich der Sozialwohnungen zurückkam. Meiner Ansicht nach ist es gefährlich, Flüchtlingsfragen mit Sozialfragen zu vermischen, man muss diese Fragen getrennt voneinander diskutieren.

Zudem wurden in der Aussage von Herrn Cruchten einige Einzelheiten ausgelassen, die bereits mehrmals im Gemeinderat diskutiert wurden. Es ist nicht so, dass die Gemeinde nichts für Menschen in Not unternimmt, sondern es geschieht lediglich auf eine Art und Weise, mit der die LSAP nicht einverstanden ist. Hört man Herrn Cruchten, so meint man, die Gemeinde sei untätig auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus. Das ist erstaunlich, wenn man bedenkt, dass der Gemeinderat vor Kurzem das SNHBM-Projekt gestimmt hat, bei dem die Gemeinde das Grundstück zu einem günstigen Preis zur Verfügung gestellt hat, damit Bürger mit schwachem Einkommen die Möglichkeit erhalten, an bezahlbaren Wohnraum zu kommen. Ein Projekt, das die LSAP mit Argumenten abgelehnt hat, die mir bis heute nicht einleuchten. Außerdem ist gewusst, dass demnächst in Linger ein Projekt mit dem « Fonds du Logement » realisiert wird. Man sieht also, dass die Gemeinde Käerjeng auf diesem Gebiet nicht untätig ist. Zudem machen wir auch mit beim SIKOR-Projekt « Agence immobilière sociale Kordall ».

Mit Erstaunen las ich in einem Artikel im Luxemburger Wort, Herr Wolter hätte gesagt, die Gemeinde sei nicht zuständig und könne nichts tun um Flüchtlinge aufzunehmen. Dabei hatte der Bürgermeister betont, er könne sich vorstellen, eine Struktur für 50-60 Flüchtlinge in Käerjeng zu bauen, und korrekterweise darauf hingewiesen, dass der Staat in der Pflicht ist, dies zu koordinieren. Ich war meinerseits erfreut zu hören, dass der Schöffenrat sich zu diesem Thema Gedanken gemacht hat.

Auch freut es mich, dass wir heute dazu aufgerufen sind, einen Beschluss zu fassen, welchen Weg Käerjeng in der Flüchtlingsfrage einschlagen soll. Déi gréng sind sich bewusst, dass es keine einfache Thematik ist und eine ernstzunehmende Lösung nur durch eine sachliche Diskussion zustande kommen kann. Die Problematik ist nur durch Solidarität auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene zu lösen. Nach unserer Einschätzung haben wir es nicht mit einer kurzfristigen Flüchtlingswelle zu tun, von daher müssen die Lösungen mittel- oder langfristiger Natur sein.

Déi gréng sind der Ansicht, dass die Gesellschaft bereit sein muss, Menschen in extremer Not zu helfen. Man kann nicht einfach einen Zaun errichten und so tun, als wäre man von den Problemen dahinter nicht betroffen. Die Flüchtlingswelle stellt die EU und ihre Mitgliedsstaaten vor größte Herausforderungen, und es gilt, Lösungen im Einklang mit unseren Grundwerten und mit den Menschenrechten zu finden.

Wir sind der Meinung, dass alle Gemeinden des Landes sich solidarisch zeigen und ihre Verantwortung übernehmen müssen, um Flüchtlinge aufzunehmen. So muss auch die Gemeinde Käerjeng ihren Beitrag leisten. Da die Gemeinden ihre Territorien am besten kennen, ist es am sinnvollsten, dass die Gemeinden selbst ihre Möglichkeiten abwägen und der Regierung Vorschläge unterbreiten.

Es erscheint uns klar, dass die Regierung hauptverantwortlich in der Flüchtlingspolitik ist. Sie soll in einer ersten Phase die Aufnahme von Flüchtlingen übernehmen, ein gerechtes Verteilungssystem ausarbeiten und koordinieren, soziale Betreuung gewährleisten und mit den Gemeinden zusammenarbeiten. Die Regierung ist bekanntlich bemüht, Lösungen zu finden, sowohl in der

Unterbringung wie auch beispielsweise in der Einschulung der Flüchtlingskinder. Hier ist es wichtig, im ständigen Dialog mit den Gemeinden zu bleiben.

Unserer Ansicht nach sollte man besser viele kleine Strukturen schaffen als wenige große. Dies sollte es vereinfachen, die Asylbewerber korrekt zu betreuen, zu integrieren und die Kinder einzuschulen. Umso wichtiger ist es also, dass jede Gemeinde Verantwortung übernimmt, damit keine zu großen Auffangstrukturen geschaffen werden müssen.

Sehr wichtig erscheint uns die Berechenbarkeit der Gemeinden, sowohl auf organisatorischer als auch auf finanzieller Ebene. Die Regierung muss mit den Gemeinden Konventionen unterzeichnen, die die einzelnen Verantwortungen und finanziellen Beiträge klären. Weiter ist ein regelmäßiger Informationsaustausch von großer Wichtigkeit.

Aus all diesen Überlegungen heraus sind déi gréng der Ansicht, dass die Gemeinde Käerjeng der Regierung ein angepasstes Projekt vorschlagen soll. Eine Struktur für 50-60 Personen, welche noch in der Asylbewerbsprozedur sind, scheint uns eine angepasste Größenordnung für unsere Gemeinde zu sein. Menschen, die das Flüchtlingsstatut erhalten, sollten in kleineren Strukturen, Häusern oder Wohnungen untergebracht werden, damit sie sich besser in die Gesellschaft integrieren und gegebenenfalls Arbeit finden können.

**Rat Yves CRUCHTEN (LSAP):** Ich bin froh, dass wir heute an dieser Stelle diskutieren können, nicht zuletzt auch um einzelne Aussagen klarzustellen, die vielleicht falsch verstanden wurden. Herr Hansen hatte im April und auch im September den Schöffenrat jeweils zu diesem Thema befragt, und ich muss sagen, dass mir nach der letzten Sitzung immer noch nicht klar war, wie der Beitrag unserer Gemeinde aussehen soll.

Herr Hansen argumentiert, dass man die Flüchtlingsthematik nicht mit der Wohnungsbaupolitik vermischen darf. Dabei ist genau das die Kernfrage bei der Unterbringung von Flüchtlingen.

Ich möchte vorausschicken, dass die LSAP dem Schöffenrat in allen möglichen Aktionen und Initiativen ihre Unterstützung bietet, da es uns wichtig erscheint, in dieser Problematik einen politischen Konsens anzustreben.

Was das S.N.H.B.M.-Projekt angeht, wiederhole ich gerne unsere Argumentation: wir sind nicht einverstanden mit der Ausrichtung des Bebauungsprojektes, mit der Tatsache dass nicht alle zur Verfügung stehenden Grundstücke eingebunden wurden, und mit der Distanz zwischen dem Parkraum und einzelnen Wohneinheiten. Wir sind also nicht gegen ein Projekt mit der S.N.H.B.M., sondern lediglich gegen die Ausrichtung des präsentierten Projekts. Zum Projekt in Linger muss ich bemerken, dass bisher noch nichts Konkretes hier vorgestellt wurde, so dass wir nicht wissen, was genau dort geschieht. Zwar begrüßen wir, dass die Gemeinde bei der „Agence immobilière sociale Kordall“ mitmacht, doch würden wir uns wünschen, dass die Gemeinde noch mehr in diesem Bereich unternimmt.

Es stimmt, dass Herr Wolter gesagt hat, er könne sich vorstellen, 50-60 Flüchtlinge aufzunehmen, doch er blieb uns eigentlich die Erklärung schuldig, wie genau das geschehen soll. Wir müssen unseren Beitrag leisten, und an der Tatsache, dass wir hier öffentlich debattieren, erkennt man, dass der Schöffenrat sich der Verantwortung der Gemeinde bewusst ist. Ich hatte verstanden, dass die Verantwortung allein auf die Regierung gedrückt werden würde.

Die politische Mehrheit sieht die Kompetenz des Wohnungsbaus beim Staat. Die Gemeinde hilft lediglich, indem sie Grundstücke zur Verfügung stellt oder staatliche Projekte in unserer Gemeinde realisiert. Wir sind jedoch der Ansicht, dass die Gemeinde darüber hinaus auch selbst aktiv werden muss und selbst Eigentümer von Sozialwohnungen werden muss.

Was die Aussagen von Herrn Hansen bezüglich der Solidarität angeht, so teilen wir all diese Ansichten.

Da auf der Tagesordnung „Diskussion und Beschluss“ steht, gehe ich davon aus, dass der Schöffenrat uns seine Ideen unterbreiten möchte. Deshalb möchte ich diese zunächst abwarten, und anschließend darauf reagieren.

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Der Schöffenrat hatte gehofft, dass jede Partei ihre eigenen Ansichten und Ideen mitteilt, anstatt jene vom Schöffenrat einfach zu übernehmen.

**Rat Yves CRUCHTEN (LSAP):** Unsere Idee war folgende: falls die Gemeinde in ihrem Besitz geeignete, freistehende oder nur sehr wenig genutzte Immobilien hat, könnte man diese vielleicht umfunktionieren, um sie Flüchtlingen zur Unterkunft zur Verfügung zu stellen.

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Ich nehme dies also als Lösungsvorschlag der LSAP zur Kenntnis.

**Rat Frank PIRROTTE (CSV):** Die aktuelle Flüchtlingskrise stellt Europa, und darunter auch Luxemburg, vor eine große Herausforderung. Jedes Land muss solidarisch konkrete Maßnahmen ausarbeiten um die Flüchtlingsströme in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren zu bewältigen. Unsere Regierung muss kurzfristig und langfristig Lösungen finden und die Gesetzgebung bezüglich der Asylanten überarbeiten, beziehungsweise der neuen Situation anpassen.

Es muss klar definiert werden, welche Aufgaben die Regierung, aber auch die Gemeinden, in dieser Frage übernehmen sollen. Die Aufgabe des Staates ist es, in den kommenden Wochen klare Regeln aufzustellen und zu definieren, wie die Aufgabenaufteilung zwischen Staat, Gemeinden und Vereinigungen aussieht. Dies ist ein wichtiger Bestandteil, um eine erfolgreiche Flüchtlingspolitik in Zukunft zu betreiben.

Viele Gemeinden sind bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, so auch die Gemeinde Käerjeng, doch es bedarf eines konkreten Ansprechpartners und eines klaren Konzeptes. Die Gemeinde muss genau wissen, wer welche Verantwortungen trägt, und alle Akteure müssen zusammenarbeiten, damit wir diese Menschen unterbringen und betreuen können. Daher ist die CSV der Ansicht, dass die Politik und die betroffenen Instanzen einen nationalen Integrationsplan in drei Phasen ausarbeiten:

- 1. Phase : Erstaufnahme, oder auch « First Response »  
Die Erstaufnahme besteht darin, Flüchtlinge aufzunehmen und in staatlichen Infrastrukturen unterzubringen. Dies ist Aufgabe des Staates.
- 2. Phase : Während des Asylverfahrens  
Hier sollen die Gemeinden mit eingebunden werden, unter der Bedingung, dass die Aufgabenbereiche und Verpflichtungen von Staat und Gemeinden klar aufgeteilt und Regeln definiert sind. Des Weiteren soll die Regierung klare Vorschläge machen betreffend Unterhalt und Verwaltung in den Auffangstrukturen, Betreuung der Flüchtlinge, sowie schulische Betreuung der Kinder.  
Eine Gemeinde, die sich bereit erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen, muss wissen, wer diese Strukturen baut, wer das Grundstück zur Verfügung stellt und zu welchen Bedingungen, wer für den Unterhalt der Strukturen zuständig ist, wer verantwortlich ist für die Betreuung der Flüchtlinge, wer die Personalkosten trägt, und wer für die schulische und außerschulische Betreuung der Kinder verantwortlich ist. Es ist wichtig, dass eine Gemeinde in dem Fall ein Abkommen mit dem Staat abschließt. Ich erinnere noch einmal daran, dass Flüchtlingspolitik

eine nationale Kompetenz ist, das heißt dass der Staat den Gemeinden die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen muss, um helfen zu können. Da die Gemeinden bei der letzten Reform dieser Regierung bereits zusätzlich belastet wurden, können diese Aufgaben nicht alle von den Gemeinden alleine getragen werden.

- 3. Phase : Nach Abschluss der Prozedur

Wenn der Asylantrag abgelehnt wurde, sollen die Menschen schnellstmöglich wieder in ihr Heimatland zurückkehren.

Wurde der Asylantrag genehmigt, müssen die Menschen schnellstmöglich auf den Wohnungsmarkt wie auch auf den Arbeitsmarkt integriert werden, so dass die Auffangstrukturen von neuen Antragsstellern benutzt werden können. Die Auffangstrukturen, wie auch die Gemeinde Käerjeng bauen möchte, sollen nicht langfristig als endgültige Lösung für diese Menschen zur Verfügung stehen.

Diese Majorität ist bereit, ihre Verantwortung in dieser wichtigen Frage zu übernehmen. Wir stellen uns eine Infrastruktur vor, in der 50-60 Menschen untergebracht werden können, wenn auf nationaler Ebene klare Regeln definiert wurden. Zudem soll auf nationaler Basis eine breite Debatte geführt werden, in der alle Parteien zusammen die beste Lösung finden sollen. Die CSV verschließt sich dieser wichtigen Problematik nicht und möchte ihren sozialen Beitrag in dieser Frage leisten, in der Hoffnung dass der Staat und die Regierung ihre Aufgaben in diesem Bereich übernehmen.

**Rat René ROBINET (BIGK):** Hunderttausende Menschen sind unterwegs Richtung Westen, mit dem Ziel, sich mit ihren Familien in Österreich, England, Schweden und vor allem Deutschland niederzulassen. Auch Luxemburg ist zum Ziel geworden für Menschen auf der Suche nach einem Leben in Frieden. Der Krieg in den arabischen Ländern hat seit Längerem eine nicht vorstellbare humanitäre Katastrophe ausgelöst. Es ist bedauerlich, dass es außerhalb der EU Länder gibt, in denen man sich nicht an Menschenrechte hält.

Der Luxemburger Staat muss in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Hilfsorganisationen einen Katalog aufstellen und die Vorgehensweise regeln. Tausende Flüchtlinge kommen täglich im Westen Europas an, und viele Länder, darunter auch Luxemburg, haben bereits einiges dazu beigetragen, dass diesen Menschen geholfen wird. Man muss aber bedenken, dass man irgendwann an die Grenzen der Kapazität stoßen wird, und es ohne die Hilfsbereitschaft der zivilen Gesellschaft nicht geht.

Die BIGK möchte dass der Staat klar die Pflichten aller Akteure definiert und wie die Flüchtlinge eingegliedert werden sollen. Eine Gemeinde darf auch nicht mehr Flüchtlinge bekommen als sie aufnehmen kann. Daher muss ein Abkommen zwischen Staat und Gemeinde regeln, welche Anzahl an Flüchtlingen aufgenommen wird, wie die Menschen betreut werden und wie die Kinder in die Schulen integriert werden. Die Flüchtlinge werden auch nicht in den jeweiligen Auffangstrukturen bleiben, so dass es gilt, Wohnungen für diese Menschen zu suchen, was nicht einfach wird. Als Luxemburger wissen wir selbst, wie schwer es ist, hierzulande eine Wohnung zu finden. Zudem besteht immer die Gefahr, dass beim Errichten einer Auffangstruktur viele Reklamationen von Bürgern eingereicht werden.

Wenn eine Gemeinde Flüchtlinge aufnimmt, so wie Käerjeng es auch tun möchte, muss der Staat die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Man muss auch den Tatsachen Rechnung tragen, dass diese Menschen unsere Sprache nicht kennen und unsere Schrift nicht lesen können. Es müssen also Leute eingestellt werden, die die Sprache und die Schrift der Flüchtlinge kennen, speziell da auch die Kinder schulisch betreut werden müssen.

Auch wenn der gute Wille da ist, muss das Land sich fragen, wie viele Flüchtlinge wir aufnehmen können. Was ist beispielsweise, wenn sich in der Ukraine eine nächste Katastrophe anbahnt? Wie sind die Menschen aus dem Kosovo, aus Montenegro und aus Albanien, die noch in Luxemburg leben, einzustufen? Wir können alle diskutieren und machen, doch wir dürfen dabei nicht bloß in eine

Richtung denken. Was passiert danach? Phase 1, 2 und 3, wie viele Menschen sind das im Total für Luxemburg? Durch die Medien sehen wir, dass zunehmend Reibereien zwischen Flüchtlingen aufkommen. Auch wissen wir, dass prozentual mehr Männer in die EU kommen, und es ist logisch, dass ihre Familien ihnen folgen möchten. Man hört von den Bürgern, dass noch mehr Flüchtlinge nach Luxemburg kommen werden als wir bisher annehmen.

Wie sieht es mit dem Schulsystem aus? Wer übernimmt diese Mission in der Gemeinde, oder gibt es regionale Klassen oder gar Schulzentren für Flüchtlinge? Werden die Flüchtlingskinder in einer „Classe d'accueil“ aufgenommen? Wird das Lehrpersonal mit eingebunden, und werden weitere Personen rekrutiert? Wer bezahlt das Ganze, wenn man weiß, was die Regierung uns im Haushalt im Rahmen der Sparmaßnahmen bereits gestrichen hat?

Wird es in den Maisons Relais eine Umstellung beim Essen geben? Auch dort wird mehr Personal nötig sein. Wer übernimmt diese Gehälter?

Wie geht es weiter mit den Flüchtlingsprozeduren, die eingehalten werden sollen?

a) eine Struktur für die Menschen, die lediglich auf begrenzte Zeit hier bleiben und wieder in ihre Heimat zurück müssen, wenn sie keine Aufenthaltsgenehmigung bekommen.

b) Für jene, die länger hier im Land und besonders in Gemeindestrukturen bleiben, wenn ihr Asylantrag genehmigt wird, und sie anschließend in Wohnungen unterkommen sollen. Woher nehmen wir diese Wohnungen, oder stellt der Staat sie zur Verfügung, und wer zahlt dafür?

Wie sieht es aus auf dem Arbeitsmarkt? Wie, wann und wo dürfen Flüchtlinge arbeiten?

Wenn der Gemeinderat beschließt, 50-60 Flüchtlinge aufzunehmen, sind wir als BIGK damit einverstanden, weisen jedoch darauf hin, dass diese nach Antragsgenehmigung bleiben können oder nicht. Wenn sie nicht bleiben können, kommen dann wieder 50-60 Menschen nach?

Wir dürfen nicht Gefahr laufen, dass das auf einmal für Luxemburg nicht mehr zu bewältigen ist. In anderen Ländern haben bereits einzelne Gemeinden mitgeteilt, dass sie das nicht mehr schaffen. Es lässt sich nicht alles mit Geld regeln, und man sollte dort anfangen, wo die Misere herkommt. Hoffentlich kehrt der Frieden wieder schnell in diese Länder zurück. Dann regelt sich vieles von selbst, auch wenn Europa beim Wiederaufbau helfen muss.

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Ich danke allen Parteien für ihre Stellungnahmen. In einer rezenten Grundsatzrede sagte der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck: „Das Herz ist weit, doch die Möglichkeiten sind endlich.“ Dieses Zitat fasst die aktuelle Situation recht gut zusammen. Man kann sich vieles vornehmen, und sich dafür die nötigen Mittel geben, doch man muss sich bewusst sein, dass diese Mittel irgendwann aufgebraucht sind. Der Schöffenrat hat sich in den vergangenen Monaten mit dieser Thematik befasst und sich Gedanken gemacht, wie unser Beitrag dazu aussehen könnte, unter Berücksichtigung der verfügbaren Mittel.

Herr Hansen hatte in der letzten Sitzung eine sachliche Frage gestellt, und ich habe fast die gleiche Antwort gegeben als bereits bei der ersten Frage im April, bezüglich der Möglichkeiten und der Grenzen unserer Gemeinde aus der Sicht des Schöffenrates. Ich muss sagen, dass der Käerjenger Gemeinderat bisher der einzige ist, in dem die politische Opposition versucht hat, aus lokalpolitischem Kalkül eine sachliche Debatte nicht zu führen. Der Zeitungsartikel mit der Überschrift „Das ist schäbig!“, den Herr Cruchten im Luxemburger Wort veröffentlichen ließ, ist meines Wissens nach der einzige Versuch, Parteipolitik in eine Debatte hereinzubringen, in der sie nichts zu suchen hat. Meines Erachtens kann man diesen gescheiterten Versuch als schäbig bezeichnen. Die Debatte im Gemeinderat war sachlich, und im Nachhinein wurde versucht, Lügen über den Presseweg zu verbreiten. Die Menschen im ganzen Land glauben zu lassen, dass die Gemeinde Käerjeng im Falle eines Brandes den betroffenen Bürgern nicht helfen könne, ist eine schwere Unterstellung. Zumal Sie

wissen, dass in den letzten Jahren bei solchen Fällen den Bürgern stets geholfen wurde, ich behaupte sogar zu deren vollster Zufriedenheit. Wir sind uns unserer Mission als „First Response“ bewusst und übernehmen diese Verantwortung.

Wenn man weiß, dass wir derzeit über etwa 150 Sozialwohnungen in unserer Gemeinde verfügen, und diese Zahl noch in dieser Legislaturperiode um 50% ansteigen wird, und dann behauptet wird, in dieser Gemeinde geschehe nichts in Sachen sozialer Wohnungsbau, das ist schäbig, Herr Cruchten! Mit 220-230 Sozialwohnungen liegt Käerjeng über dem landesweiten Durchschnitt. Lediglich unsere Vorgehensweise gefällt Ihnen nicht, denn wir haben beschlossen, diese Wohnungen und Häuser so gut wie möglich von professionellen Instanzen verwalten zu lassen.

Sie tun so, als habe der Bürgermeister in der letzten Sitzung gesagt, er wäre nicht bereit, etwas in der Flüchtlingsfrage zu unternehmen. Dabei habe ich bereits im April, und so auch im September, gesagt dass wir bereit sind, 50-60 Flüchtlinge in unserer Gemeinde aufzunehmen, sobald alle bereits erwähnten wichtigen Fragen beantwortet sind.

Ich möchte jetzt zum eigentlichen Thema zurückkommen. Diese politische Mehrheit ist sich ihrer Verantwortung in der Flüchtlingsfrage bewusst. Wir brauchen jedoch klar definierte Bedingungen. Die Flüchtlingsfrage ist eine exklusiv nationale Kompetenz. Nachdem man unseren Haushalt letztes Jahr um etwa 2,5 Millionen € gekürzt hat, haben wir objektiv gesehen keine Mittel, weitere Kompetenzen anzunehmen. Als Gemeinde haben wir jede Menge Missionen, die wir erfüllen. Nicht zuletzt investieren wir heute 5,5 Millionen € in die Instandsetzung der unterirdischen Netze. Wenn der Staat also möchte, dass eine Gemeinde eine staatliche Kompetenz übernimmt, dann muss geklärt sein, unter welchen Bedingungen dies stattzufinden hat. Am letzten Freitag hatte der Schöffenrat eine Zusammenkunft mit Vertretern des OLAI (*Office Luxembourgeois de l'Accueil et de l'Intégration*). Dabei ist klar geworden, dass eigentlich alle Gemeinden die gleichen Fragen stellen, und dass es auf den Großteil derzeit noch keine endgültige Antwort gibt. Wir möchten sicherstellen, dass den Flüchtlingen geholfen wird, und dass wir auf berechtigte Fragen unserer Bürger antworten können, damit dies auch in einer gewissen Akzeptanz geschieht.

Der Schöffenrat hat also eine Resolution verfasst. Leider hat nicht jede Partei die Gelegenheit genutzt, hier ihre Ideen auszusprechen, so dass wir nun lediglich über die Ideen der politischen Mehrheit abstimmen. Die Resolution sieht wie folgt aus:

Der Gemeinderat von Käerjeng stellt fest,

dass es einen massiven Zufluss von Flüchtlingen gibt und dieser eine Herausforderung für Europa und unser Land darstellt;

dass eine europäische Strategie entwickelt werden muss, um die Aufnahme und die Integration dieser Menschen zu garantieren;

dass unser Land eine Verantwortung in dieser Angelegenheit hat, und dass eine kohärente Strategie die Missionen und Pflichten aller Akteure, insbesondere des Staates und der Gemeinden, festlegen muss;

dass die Flüchtlingspolitik eine staatliche Kompetenz ist und der Staat daher den Aktionsrahmen und die Finanzierung definieren muss;

dass die Gemeinde Käerjeng bereit ist, ihre Verantwortung zu übernehmen;

dass der Integrationsprozess der Flüchtlinge in drei Etappen verläuft: Initiale Aufnahme, Asylprozedur, Periode nach Abschluss der Prozeduren.

Nach Anhörung der Position des Schöffenrates sowie der einzelnen Parteien,

schlägt der Gemeinderat vor, ab der zweiten Etappe in den Aufnahmeprozess einzugreifen;

schlägt der Gemeinderat vor, ein Grundstück im Ort „Op Acker“ für den Bau eines Aufnahmezentrums für 50-60 Personen zur Verfügung zu stellen;

macht der Gemeinderat dies jedoch abhängig von der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Staat und Gemeinde, welches die Bedingungen regelt, zu welchen die Infrastrukturen zur Verfügung gestellt werden, und die Verantwortungen festlegt bezüglich des Unterhalts der Infrastrukturen, der Betreuung der Flüchtlinge sowie der Einschulung der Kinder;

verweist der Gemeinderat nachdrücklich darauf, dass diese Struktur exklusiv den Personen in Phase 2 des Integrationsprozesses dienen soll;

schlägt der Gemeinderat vor, für Phase 3 eine Wohneinheit in Oberkerschen sowie eine Wohneinheit im zukünftigen Bepbauungsprojekt des „Fonds du Logement“ in Linger zur Verfügung zu stellen;

schlägt der Gemeinderat der S.N.H.B.M. vor, drei Wohneinheiten des zukünftigen Projekts in Oberkerschen für Familien in Phase 3 zur Verfügung zu stellen;

beauftragt der Gemeinderat den Schöffenrat, diesbezüglich mit den staatlichen Instanzen Gespräche zu führen.

Dies ist also die Position des Schöffenrates, zu der dann jede Partei noch einmal Stellung beziehen kann.

**Rat Yves CRUCHTEN (LSAP):** Zunächst muss ich auf einiges reagieren, was vorhin gesagt wurde. Ich habe den Artikel im Luxemburger Wort nicht in Auftrag gegeben, sondern man hat mich gefragt, was ich in der letzten Sitzung gesagt hatte, und ich habe genau das geantwortet, was ich damals gesagt hatte, und worauf Herr Wolter mir auch geantwortet hat.

Ich stehe zu dem, was ich gesagt habe, und bleibe der Ansicht, dass wir als Gemeinde auch selbst tätig sein müssen auf der Ebene des sozialen Wohnungsbaus, anstatt alles aus der Hand zu geben. Es mag sein, dass bei Brandfällen den Bürgern bisher zufriedenstellend geholfen werden konnte, doch ich weiß aus Erfahrung, dass es auch Fälle geben kann, in denen längerfristige Unterbringung nötig ist, und für solche Fälle wäre eine eigene Wohnung besser geeignet als ein Hotel.

Es wird hier dargestellt, als ob es zum ersten Mal Flüchtlinge in Luxemburg geben würde, und man nicht wüsste, welche Kompetenzen der Staat und die Gemeinden diesbezüglich hätten. Das Wichtigste ist bereits gesetzlich geregelt.

In den vergangenen Jahren hat es mehrere ministerielle Rundschreiben gegeben, in denen die Gemeinden aufgefordert wurden, den zuständigen Ministerien mitzuteilen, was sie bereit wären, in dieser Problematik zu unternehmen. Es würde mich interessieren, was die Gemeinde Käerjeng auf all diese Schreiben geantwortet hat.

Was die Ideen meiner Partei angeht, so hatte ich gefragt, ob die Gemeinde über Wohneinheiten verfüge, die man Flüchtlingen zur Verfügung stellen könnte. Ich dachte dabei beispielsweise an das Haus in Linger, das von den Scouts genutzt wird. Wenn man diesem Verein eine andere Möglichkeit geben würde, könnte man das Haus vielleicht wieder für Wohnzwecke nutzen. Wie steht es um das Linger Schulgebäude, welches seit zehn Jahren leer steht?

Im Allgemeinen unterstützen wir die Initiative des Schöffenrates, mehrere Wohneinheiten und eine Struktur für 50-60 Erstankömmlinge zur Verfügung zu stellen, denn wir teilen die Ansicht, dass die Flüchtlinge leichter integriert werden können, wenn man sie nicht in hoher Anzahl an einem Ort unterbringt.

**Rat Marc HANSEN (déi gréng):** Die vorgeschlagene Resolution gibt alle Punkte wieder, die déi gréng in ihrer Stellungnahme angesprochen haben. Eine Konvention mit dem Staat scheint auch uns notwendig, obwohl man wahrscheinlich nie alles bis ins letzte Detail regeln kann. Wir begrüßen auch die Initiative, Wohneinheiten für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, deren Asylantrag bewilligt wurde. Von daher können wir mit der Resolution vollkommen einverstanden sein.

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Ich möchte nur noch kurz erwähnen, dass die Vertreter des OLAI uns bestätigt haben, dass eine Struktur für ungefähr 60 Personen die richtige Größenordnung darstellt. Zum Haus in Linger möchte ich sagen, dass man dies zu gegebener Zeit auf seine Tauglichkeit prüfen muss, wenn die Scouts nach Küntzig umgezogen sind. Die Linger Schule allerdings ist kaum noch tauglich für Wohnzwecke und würde hohe Instandsetzungskosten benötigen.

**Rat Fred REUTER (LSAP):** Ich möchte sagen, dass es mit Leid tut, dass die Flüchtlingsthematik hier in etwas anderes ausgeartet ist, als es eigentlich hätte sein sollen. Ich bin persönlich enttäuscht, dass hier profitiert wurde, um zu einem Rundumschlag auszuholen, der nichts mit dieser Problematik zu tun hat. Ich hätte es begrüßt, dass auch die Opposition diese Resolution fairerweise vor der Sitzung zu Gesicht bekommen hätte, um so etwas Positives dazu beisteuern zu können. Insgesamt haben wir bei diesem Punkt die Hälfte der Zeit damit verbracht, über Dinge zu diskutieren, die nicht hierhin gehört haben.

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Ich nehme diese Kritik an Ihrem Parteikollegen selbstverständlich an, denn wenn wir die Hälfte der Zeit mit Diskussionen verbracht haben, die dem eigentlichen Thema fremd sind, dann nur aufgrund dieses ominösen Zeitungsartikels. Ich bedauere wirklich, dass wir der einzige Gemeinderat im Land sind, in dem die Flüchtlingspolitik auf diese Art und Weise diskutiert werden musste.

**Schöffe Richard STURM (CSV):** Ich muss Herrn Reuter antworten, dass es mich, als Vertreter des Schöffengerates, gefreut hätte, konkrete Ideen seitens der LSAP betreffend die Flüchtlingsthematik zu hören. Dem war aber nicht so. Wir hatten eine konkrete Vision, wie wir an die Angelegenheit herangehen wollten. Von Seiten der LSAP wurden allerdings lediglich Fragen in den Raum gestellt.

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Ich möchte nur noch kurz betonen, dass die Resolution, die heute hier vorgeschlagen wurde, nichts anderes ist als die französische Fassung von der Antwort, die ich Herrn Hansen auf seine Frage gegeben hatte.

*Einstimmig wird die vom Schöffengerat vorgeschlagene Resolution gutgeheißen.*

**Punkt 9: Verwaltungsangelegenheiten – Diskussion über den Abschlussbericht bezüglich der Reorganisation des technischen Gemeindedienstes.**



**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Am 16. September wurde der Abschlussbericht dem Gemeinderat in einer Arbeitssitzung in allen Einzelheiten vorgestellt.

Ausgangspunkt dieser internen Prüfung war, dass der Schöffenrat zweieinhalb Jahre nach der Gemeindefusion objektiv wissen wollte, wie unser technischer Dienst in Zukunft aussehen muss, um die stets wachsenden Aufgaben einer Gemeinde zu bewältigen. Dies geschah einerseits auf organisatorischer Ebene (Organigramm), andererseits auf quantitativer Ebene (Anzahl an Mitarbeitern). Die Firma Résultance hatte solche Prüfungen bereits beim Syndikat TICE, der Stadt Luxemburg und der Gemeinde Schiffingen unternommen. Die minutiös durchgeführte Prüfung erstreckte sich über einen Zeitraum von anderthalb Jahren.

Es wurde festgestellt, dass wir zwei Lagerverwalter im neuen Gemeindeatelier benötigen. Diese beiden Posten wurden im Januar 2015 vom Gemeinderat geschaffen, und die beiden Lagerverwalter haben im September, beziehungsweise im Oktober begonnen.

Im Bereich der Grünanlagen wurde bemerkt, dass wir in den Kalenderwochen 15 bis 45 nicht genügend Personal haben, um alle Arbeiten zu bewältigen. Dem haben wir einerseits entgegengewirkt durch ein Abkommen mit der Vereinigung ProActif, welche uns zwei Teams zur Verfügung stellt. Andererseits schlagen wir dem Gemeinderat vor, zwei Posten für qualifizierte Gärtner zu schaffen (Punkt 11).

Die „Conciergerie“ des Rathauses war bisher von einer einzigen Person besetzt. Da der Aufgabenbereich weit über die eines gewöhnlichen Pförtners hinausgeht, und dieser Mitarbeiter eigentlich 50% über einem normalen Pensum zu absolvieren hatte, haben wir einen zweiten Posten in diesem Bereich geschaffen.

Was die anderen Pförtner angeht, so schlagen wir dem Gemeinderat zwei zusätzliche Posten vor (Punkt 11). Zum einen haben wir bereits vor einem Jahr beschlossen, dass der Küntziger Schulkampus einen ständigen Pförtner benötigt. Zum anderen wurde bei der Eröffnung des Käerjenger Dribbel ein Pförtner vom Schulkampus „Op Acker“ abgezogen.

Zum Reinigungspersonal ist zu sagen, dass wir eigentlich über genügend Personal verfügen. Lediglich in einem Schulgebäude werden wir den Damen, die dort arbeiten, eine Erhöhung ihrer Arbeitsstunden vorschlagen, um das Pensum zu bewältigen.

Im EcoCenter ist die Studie noch nicht abgeschlossen, da durch die neue Abfallentsorgungspolitik in Dippach das Arbeitspensum unserer Mitarbeiter sicher noch etwas ändern wird.

Im Verwaltungsbereich des technischen Dienstes ist aufgefallen, dass oft die Zeit fehlt, um telefonische Anfragen, unter anderem auch aus der Bevölkerung, zu beantworten. Zudem fehlt es an einer Struktur, die einen geregelten Ablauf von der Frage bis zur Antwort garantiert. Deshalb schlagen wir vor, einen zusätzlichen Posten eines Redakteurs zu schaffen, dessen Hauptaufgaben der telefonische Empfang sowie die Verwaltung der internen und externen Anfragen sein werden (Punkt 13).

Dann schlagen wir noch vor, dem Vorarbeiter einen Mitarbeiter zur Seite zu stellen. Einerseits ist der Aktionsradius des Vorarbeiters recht groß geworden, andererseits wird dieser in ein paar Jahren in den Ruhestand treten. Es gilt also auch dessen reibungslose Nachfolge zu sichern (Punkt 12).

Aus all diesen Überlegungen ergibt sich dann auch ein neues Organigramm, welches im nächsten Punkt zur Abstimmung kommt.

**Rat Marc HANSEN (déi gréng):** Zunächst möchten déi gréng der Firma Résultance sowie unseren technischen Mitarbeitern für ihre Arbeit an diesem Dossier danken. Wir sind uns bewusst, dass die interne Prüfung eines Betriebes nicht immer evident ist, und manch einer befürchtet, es gehe um Rationalisierung. Und doch ist es wichtig, von Zeit zu Zeit die Funktionsweise eines Betriebes von der

Größenordnung unserer Gemeindeverwaltung von einem Außenstehenden unter die Lupe nehmen zu lassen. Ein externer Berater steht außerhalb der internen Routine und stellt Fragen, die intern oft nicht mehr gestellt werden. Nur auf diese Weise können Probleme entdeckt und Prozeduren vereinfacht werden.

Déi gréng waren sich bewusst, dass dies mit teils heftigen Diskussionen verbunden sein wird, doch wir waren für eine Analyse, denn wir haben gesehen, dass nach der Fusion eine Dienststelle entstanden ist, die nicht mehr mit dem Organigramm der Gemeinde Niederkerschen funktionieren konnte. Zudem hatten wir das Gefühl, dass an manchen Stellen Personal fehlte, was ja nun nachgewiesen und dokumentiert werden konnte.

Für uns war es aber auch wichtig, die Mitarbeiter mit einzubinden, um eine realitätsnahe Analyse zu bekommen. Es war auch klar, dass bei einem Kostenpunkt von fast einer halben Million € eine detaillierte Analyse präsentiert werden müsste, was auch der Fall war.

Wir sind sehr zufrieden mit der Herangehensweise der Studie. In allen Bereichen wurde mit den Mitarbeitern zusammen definiert, welche die zu bewältigenden Missionen sind, um anschließend Vorschläge auszuarbeiten und zu diskutieren.

Die beiden Lagerverwalter wurden aus Dringlichkeitsgründen bereits eingestellt, was wir begrüßenswert finden. Zudem wurde ein Lagerverwaltungsprogramm erworben, welches es ermöglicht, jederzeit zu wissen, was auf Lager ist und was bestellt werden muss.

Bei der Analyse des Gärtnereibetriebs wurde festgestellt, dass es von Frühjahr bis Herbst ein Mangel an Personal gibt, während es im Winter zeitweise nicht genügend Arbeit gibt, was aber zum Teil vom Winterdienst aufgefangen wird. Dass aber bis zu 3 Personen mit technischen Kompetenzen sowie 6 unqualifizierte Mitarbeiter fehlen, finden wir viel. Déi gréng finden es richtig, zwei Gärtner einzustellen, damit jedes Team einen qualifizierten Verantwortlichen hat. Dass der Rest in Zusammenarbeit mit dem ProActiv geregelt wird, begrüßen wir, da wir auf diese Weise Menschen auf dem sekundären Arbeitsmarkt eine Weiterbildungsmöglichkeit bieten.

Richtig finden wir auch den Beschluss, die Conciergerie des Rathauses mit einer Person zu verstärken. Wenn man bedenkt, dass 92% aller Pförtnerüberstunden in diesem Bereich geleistet wurden, versteht sich die Notwendigkeit von selbst.

Beim Reinigungspersonal hat sich herausgestellt, dass es nicht an Personal fehlt, jedoch eventuell eine andere Aufteilung ein rationelleres Arbeiten ermöglicht.

Im EcoCenter sieht es so aus, als würden wir Opfer unseres eigenen Erfolgs. Eine Steigerung der Frequentierung um 103% von 2013 auf 2015, sowie das Wissen, dass durch das neue Müllkonzept in Dippach das EcoCenter noch mehr genutzt werden wird, führt dazu, dass eine detaillierte Analyse hier noch durchgeführt werden muss.

Ein weiterer wichtiger Punkt für uns ist die interne und externe Kommunikation. Die Gemeinde steht im Dienst ihrer Bürger, und als solches muss den Bürgern in einem vernünftigen Zeitraum eine Antwort auf ihre Fragen folgen. Von daher finden wir es wichtig, einen telefonischen Empfang für den technischen Dienst zu haben, welcher kompetent und freundlich die meisten Fragen gleich beantworten kann und nur jene Fragen weiterleitet, die er nicht selbst beantworten kann.

Zudem ist es wichtig, nachvollziehen zu können, wo interne Anfragen aus der Verwaltung oder externe Anfragen von Bürgern dran sind. Diesbezüglich wurde auch ein informatives Programm installiert, was wir begrüßenswert finden. Allgemein sind wir der Ansicht, dass dort, wo Informatik Prozeduren vereinfacht, sie auch eingesetzt werden soll, vor allem wenn man dadurch verhindert, dass einzelne Arbeiten zwei- oder dreimal verrichtet werden müssen. Bei der Anschaffung von neuen informativen Programmen muss darauf geachtet werden, dass sie kompatibel mit den bestehenden Programmen sind, damit der Austausch von Daten funktioniert.

Auch begrüßen wir die Verdopplung einzelner Posten, um einerseits Mitarbeiter zu unterstützen, andererseits gesammeltes Wissen auf diese Weise rechtzeitig weitergereicht wird. Dies ist bereits jetzt wichtig in Fällen von Urlaub und Krankmeldungen, und ermöglicht später einen nahtlosen Übergang im Fall von Pensionierung.

Schlussendlich möchten wir sagen, dass wir mit dem neuen Organigramm einverstanden sind. Wir sind der Ansicht, dass durch die Reorganisation und das Aufstocken von Personal die technische Dienststelle unter verbesserten Bedingungen arbeiten kann.

**Rat Fred REUTER (LSAP):** Wenn wir das Organigramm gutheißen, beschließen wir ja auch die Verdopplung der Posten der Herren Betz und Di Vora. Das heißt also, dass diese Verdopplung auch bleibt, wenn die beiden in den Ruhestand treten?

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Ein Organigramm ist bekanntlich nichts statisches, und man muss von Zeit zu Zeit sehen, ob es den Gegebenheiten immer noch entspricht oder nicht.

**Rat Jos THILL (LSAP):** Wäre es nicht sinnvoller, einen telefonischen Empfang für die ganze Verwaltung zu garantieren?

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Für den rein administrativen Bereich funktioniert der telefonische Empfang. Das Problem besteht dort, wo einzelne Posten nicht doppelt besetzt sind, wie beispielsweise Architekt und Ingenieur. Wenn diese telefonisch nicht zu erreichen sind, weil sie im Außendienst sind, kann die Person, die den Anruf entgegen nimmt, die Fragen nicht beantworten. Deshalb möchten wir einen Redakteur einstellen, welcher einerseits die Fragestellung versteht, andererseits den Großteil der Fragen gleich beantworten kann, und nur den Rest an die anderen Mitarbeiter weitergibt. Zudem möchten wir, dass eine Person die Verwaltung der internen Informationsflüsse übernimmt.

**Rat René ROBINET (BIGK):** Die fusionierte Gemeinde Käerjeng ist mit etwas mehr als 10.000 Einwohnern die neuntgrößte Gemeinde Luxemburgs. Es war uns bewusst, dass die Prüfung des technischen Dienstes durch die Firma Résultance eine große Herausforderung darstellen würde, sowohl für den Schöffenrat als auch für das Personal.

Als BIGK sind wir stolz darauf, unseren Beitrag zu diesem Abschlussbericht geleistet zu haben, denn bereits bei den Fusionsgesprächen waren wir der Ansicht, dass eine solche Analyse nötig sein würde. Die Firma Résultance hatte bereits viel Erfahrung auf kommunalem Gebiet gesammelt und sind objektiv und neutral an die Angelegenheit herangegangen. Das Resultat soll jedem zeigen, wo er steht: die Politik, das Personal, und speziell der Bürger.

Unter dem Personal herrschte eine gewisse Angst, dass es darum ginge, Posten abzubauen. Es zeigt sich heute jedoch, dass sogar neue Posten geschaffen werden. Die BIGK ist sehr zufrieden mit der Arbeit, die die Firma Résultance in Zusammenarbeit mit den technischen Mitarbeitern geleistet hat, um zu diesem Abschlussbericht zu kommen. Dass diese Arbeit auch ihren Preis hat, ist ganz normal.

Wir möchten dem Schöffenrat danken, dass dieser Abschlussbericht so schnell präsentiert werden konnte. Bei der Umsetzung wünschen wir uns nun eine konstruktive Mitarbeit des Personals, zum Wohle des Bürgers.

**Rat Frank PIRROTTE (CSV):** Im Namen der CSV möchte ich der Firma Résultance einen Dank aussprechen, für ihre professionelle Arbeit in der Analyse unserer technischen Dienststellen. Der Schöffenrat hatte vor einigen Monaten dieser Firma den Auftrag zu dieser Analyse gegeben, was wir als CSV nur unterstützen können, weil es uns wichtig erscheint zu wissen, wie wir unsere Dienste in Zukunft aufstellen müssen, um den permanenten Anfragen unserer Mitbürger Rechnung tragen zu können. Unsere seit drei Jahren fusionierte Gemeinde wächst ständig weiter, und mit ihr die anfallende Arbeitslast. Des Weiteren hat die Gemeinde in den vergangenen Jahren viel in neue Infrastrukturen investiert, und auch unsere Grünflächen wurden immer größer.

Wir möchten auch in Zukunft unseren Bürgern einen hochqualitativen Dienst garantieren und müssen deshalb Synergien nutzen und die Leistungsfähigkeit der Dienststellen optimieren. Ich möchte jedoch betonen, dass die bisher vom technischen Dienst geleistete Arbeit nur lobenswert ist. Noch nie wurde so viel in allen Bereichen in der Gemeinde investiert wie in den letzten Jahren. Dies hat dazu geführt, dass die technischen Mitarbeiter ständig wichtige Bauarbeiten zu begleiten hatten, ohne das Dossier „P.A.G.“ zu vergessen.

Die Gemeinde ist in den letzten Jahren zu einer modernen Gemeinde herangewachsen, in der ständig neue Leute arbeiten, wohnen und leben möchten. Dies stellt uns vor neue Herausforderungen, und wir übernehmen diese Verantwortung, im Sinne des Zukunftsprojekts „Käerjeng 2020“.

Seit die CSV in der politischen Mehrheit in der Gemeinde vertreten ist, wurde stets vorsichtige Personalpolitik betrieben, und dies soll auch in Zukunft so bleiben. Bei der Fusion wurden einzelne Dienste zusammengeführt, doch es stellte sich heraus, dass wir in einzelnen Bereichen des Organigramms unterbesetzt waren, beziehungsweise es Sinn macht, Mitarbeiter anderen Dienststellen zuzuweisen. Zudem müssen wir in Betracht ziehen, dass auf einzelnen Posten Mitarbeiter in nächster Zukunft in den wohlverdienten Ruhestand treten werden, und wir diese Abgänge rechtzeitig kompensieren müssen. Ich möchte jetzt nicht weiter auf die detaillierte Analyse eingehen, sondern lediglich betonen, dass wir als CSV die objektiven Vorschläge der Firma Résultance an den Schöffenrat unterstützen. Insgesamt sollen in den kommenden Monaten 9 Posten geschaffen, beziehungsweise besetzt werden. Das neue Organigramm trägt den neuen Herausforderungen an den technischen Dienst Rechnung.

Die Gemeinde Käerjeng hat viel Geld in diese Analyse investiert und dies war ein richtiger Entschluss, denn nun verfügen wir über die nötigen Informationen, um uns in Zukunft aufzustellen und die Arbeitslast besser organisieren zu können. Dass dieser Entschluss auch direkte Einwirkungen auf unseren Haushalt hat, ist uns durchaus bewusst, denn es ist nur die logische Folge von zusätzlichem Personal. Der Schöffenrat muss weiterhin die ordentlichen Ausgaben genauestens im Auge behalten, damit wir weiterhin Reserven schaffen, um auch in Zukunft investieren zu können. Wie es aussieht, wird die Gemeinde wohl nicht daran vorbeikommen, ein weiteres Darlehen aufzunehmen, wenn sich an der Verteilung der staatlichen Mittel an die Gemeinden nichts ändert.

Als CSV werden wir dem Organigramm sowie sämtlichen neuen Posten unsere Zustimmung geben.

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Ich danke allen Parteien für ihre Stellungnahme. Wir können dann zu den einzelnen Beschlüssen übergehen.

**Punkt 10: Verwaltungsangelegenheiten – Gutheißen des neuen Organigramms des technischen Gemeindedienstes.**

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 11: Verwaltungsangelegenheiten – Schaffen von 4 Handwerkerposten.**

**Rat Fred REUTER (LSAP):** Wird bei der Ausschreibung eine gewisse Berufsausbildung verlangt? Gibt es auch die Möglichkeit, diese Posten intern zu besetzen, falls unter unseren Mitarbeitern Interesse besteht?

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Bei den beiden Gärtnerposten wird ein CATP/DAP als Gärtner verlangt. Bei den Pförtnern müssen wir im Schöffenrat noch festlegen, welche Berufe wir benötigen. Derzeit scheint es sicher, dass wir einen Fliesenleger brauchen. Selbstverständlich kann ein Posten intern besetzt werden, wenn die verlangte Qualifikation passt.

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 12: Verwaltungsangelegenheiten – Schaffen eines Handwerkerpostens mit Meisterbrief.**

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 13: Verwaltungsangelegenheiten – Schaffen eines Postens eines Gemeindebeamten in der Laufbahn des Redakteur.**

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 14: Außerordentlicher Haushalt 2015 – Gutheißen eines zusätzlichen Kredits bezüglich des Regenwasser-Leitungsnetzes unter dem Küntziger Fußballfeld.**

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Bei diesem Projekt benötigen wir einen zusätzlichen Kredit von 70.000 €, gemäß dem zusätzlichen Kostenvoranschlag des Büros TR-Engineering. Herr Betz wird uns die Einzelheiten erläutern.

**Herr Raymond BETZ (Gemeng Käerjeng):** Bereits bei der öffentlichen Ausschreibung war das Projekt 30.000 € teurer als ursprünglich geplant. Zudem musste ein zweiter Entwässerungskanal gelegt werden, was auch nicht vorgesehen war. Durch den Zwischenfall auf der Monnericher Bauschuttdeponie entfielen zusätzliche Kosten für den Transport bis nach Colmar-Berg. Hinzu kommt die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 15: Außerordentlicher Haushalt 2015 – Gutheißen eines zusätzlichen Kostenvoranschlags bezüglich des Regenwasser-Leitungsnetzes unter dem Küntziger Fußballfeld.**

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 16: Außerordentlicher Haushalt 2015 – Gutheißen eines zusätzlichen Kredits bezüglich der neuen Umkleieräume des Küntziger Fußballfelds.**

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Der zusätzliche Kostenvoranschlag des Büros JONAS Architectes Associés beläuft sich auf rund 750.000 €. Wie es dazu kommen konnte, erklärt uns Herr Betz.

**Herr Raymond BETZ (Gemeng Käerjeng):** Das Projekt wurde im Juni 2013 mit einem Kostenvoranschlag von 2.550.000 € gutgeheißen. Mittlerweile benötigen wir rund 750.000 € mehr, um dieses Projekt abschließen zu können. Dies erklärt sich zu einem Teil durch zusätzliche Anfragen des Fußballvereins an den Schöffenrat, wie ein neuer Handlauf rund ums Spielfeld, neue Fangnetze und zusätzliche Kühlschränke. Des Weiteren musste ein Teil des Rollrasens erneuert werden, da das Wasser nicht dort nicht ablaufen konnte. Während den Bauarbeiten stellten wir fest, dass wir eine neue Stromzuleitung brauchen würden, und der bestehende Kanal ein Gegengefälle aufwies, wodurch die Installation einer Hebepumpe nötig wurde. Auch bei der Stromzufuhr mussten einige Modifikationen vorgenommen werden. Das Architektenbüro hatte offensichtlich ein paar Positionen beim ursprünglichen Kostenvoranschlag unterschätzt. Zusätzliche Transportkosten zur Deponie und die verlängerte Dauer der Arbeiten kommen noch hinzu.

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Von den 750.000 € nimmt der Schöffenrat 200.000 € auf die eigene Kappe, denn dieser Betrag bezieht sich auf Dinge, die wir nach der Projektvorstellung auf Anfrage vom Fußballverein beschlossen haben. Was den Rest angeht, kommen einige unvorhersehbare Posten zusammen. Wir haben insofern etwas dazu gelernt, dass wir das Projektmanagement nicht mehr einem Architektenbüro überlassen.

**Rat Yves CRUCHTEN (LSAP):** Ich möchte Herrn Betz danken, dass er sich um diese Projekte gekümmert hat. Scheinbar waren dies keine leichten Fälle. Was für uns als Politiker wichtig ist: wie vermeiden wir solche Überschreitungen von Kostenvoranschlägen? Ist unser technischer Dienst fähig, das Projektmanagement selbst zu übernehmen?

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Ich hoffe, dass wir das selbst bewältigen können, sobald wir den Posten von Herrn Betz auch verdoppelt haben.

**Rat Jos THILL (LSAP):** Die Arbeit dieses Architektenbüros ist ein Hohn! Vieles ist hier vollkommen unlogisch.

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Wir müssen das Projekt abschließen und kommen leider nicht daran vorbei, diesen Zusatzkredit zu stimmen.

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 17: Außerordentlicher Haushalt 2015 – Gutheißen eines zusätzlichen Kostenvoranschlags bezüglich der neuen Umkleieräume des Küntziger Fußballfelds.**

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 18: Außerordentlicher Haushalt 2015 – Gutheißen eines zusätzlichen Kredits bezüglich der neuen Sporthalle in Linger.**

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Für die Sporthalle in Linger brauchen wir laut dem Büro JONAS Architectes Associés einen Zusatzkredit von 200.000 €. Auch hier wird uns Herr Betz die Einzelheiten erläutern.

**Herr Raymond BETZ (Gemeng Käerjeng):** Der im Juni 2013 gutgeheißene Kostenvoranschlag belief sich auf 3.160.000 €. Die zusätzlichen 200.000 € erklären sich einerseits durch eine Akustikstudie, die aus dem Projekt zurückgezogen wurde und jetzt doch gemacht werden muss. Nach dieser Studie mussten wir einige zusätzliche schalldämmende Maßnahmen ergreifen. Andererseits ist bei diesem Projekt viel Bauschutt abtransportiert worden, so dass dieser Kostenpunkt hier mehr ins Gewicht fällt. Hinzu kommen einige nicht eingeplante Sicherheitsvorrichtungen wie Feuerlöscher, Defibrillatoren und Schutzgeländer.

**Rat Jos THILL (LSAP):** Eine Überschreitung des Kostenvoranschlags um knapp 5% ist durchaus akzeptabel.

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 19: Außerordentlicher Haushalt 2015 – Gutheißen eines zusätzlichen Kostenvoranschlags bezüglich der neuen Sporthalle in Linger.**

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 20: Außerordentlicher Haushalt 2015 – Gutheißen eines Spezialkredits bezüglich der Instandsetzung der Oberkerschener Kindertagesstätte.**

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Bekanntlich muss die Oberkerschener Kindertagesstätte den neuen Sicherheitsnormen angepasst werden. Die Kinder werden für die Dauer der Arbeiten in das kürzlich erworbene ehemalige LTPS-Gebäude umziehen. Da diese Instandsetzung relativ dringlich ist, bitten wir den Gemeinderat um einen Spezialkredit von 250.000 €, so dass die Arbeiten schnellstmöglich beginnen können.

**Herr Raymond BETZ (Gemeng Käerjeng):** Der Kostenvoranschlag ist eine grobe Schätzung. Rund um das ehemalige LTPS-Gebäude müssen wir einen Zaun ziehen und die Notbeleuchtung muss nachgerüstet werden. Im KiTa-Gebäude müssen hauptsächlich die Feuermeldeanlage, die Notbeleuchtung und das Mobiliar aufgebessert werden.

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Es geht hier in erster Linie darum, dass wir zügig mit den Arbeiten beginnen können. Das Projekt an sich wird dem Gemeinderat noch etwas ausführlicher vorgestellt werden.

**Rat Jos THILL (LSAP):** Wurde das Projekt mit den Verantwortlichen des „Sites et Monuments“ abgeklärt? Das Gebäude steht bekanntlich unter Denkmalschutz.

**Herr Raymond BETZ (Gemeng Käerjeng):** Wir ändern nichts am Äußeren, und im Inneren ist lediglich der neue Teil von größeren Modifikationen betroffen, welcher nicht unter Denkmalschutz steht.

**Rat Lucien FUSULIER (LSAP):** Wenn die Kinder in der neuen Struktur untergebracht werden, wo werden die Eltern parken können, um ihre Kinder abzusetzen?



**Schöffin Josée-Anne SIEBENALER-THILL (déi gréng):** Hinter der Kirche ist ein Parking, der ausreichen sollte. Wir werden einige Kurzzeitplätze ausweisen und einen provisorischen Fußweg von dort bis zum Gebäude anlegen. Ich denke, die Eltern sind zufrieden, dass wir eine Übergangslösung gefunden haben. Andernfalls hätten wir wohl die KiTa ein paar Monate schließen müssen.

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 21: Sozialamt – Gutheißen der Jahresbilanz 2013.**

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Die Einzelheiten der Jahresbilanz konnten eingesehen werden. Wenn es keine Fragen dazu gibt, können wir gleich zur Abstimmung kommen.

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 22: Gemeingut – Zurückstufung einer Parzelle im Ort „Avenue de Luxembourg“, Niederkerschen.**

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Diese Parzelle von 0,34 Ar muss zurückgestuft werden, um eine Transaktion zu ermöglichen, mit dem Ziel einer zweiten Zufahrt zum Kampus „Op Acker“.

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 23: Gemeingut – Zurückstufung von zwei Parzellen im Ort „Rue de Grass“, Küntzig.**

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Auch diese beiden Parzellen von 0,04 Ar, beziehungsweise 0,30 Ar sind Bestandteil einer Immobilientransaktion, und müssen deshalb in den Privatbesitz der Gemeinde zurückgestuft werden.

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 24: Konventionen – Gutheißen eines Abkommens zwischen dem Schöffenrat und den Eheleuten Back-Scheerer im Rahmen der Neugestaltung der „Rue de la Résistance“ in Niederkerschen.**

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Der neue Kreisverkehr am Ende der „Rue de la Résistance“ wurde seitens der Straßenbauverwaltung nicht exakt so gebaut wie vor etwa zwölf Jahren vorgesehen. Die Modifikation betrifft die Eheleute Back-Scheerer, welche rund 2,50 Ar Baufläche verlieren. Ich möchte den Eheleuten Back-Scheerer danken, dass sie dieses Abkommen gleich akzeptiert haben.

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 25: Verkehrsverordnungen – Gutheißen von zeitlich begrenzten Verkehrsreglementen.**

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Der Schöffenrat hat kürzlich zwei zeitlich begrenzte Verkehrsverordnungen beschlossen, welche nun vom Gemeinderat bestätigt werden sollen.

- a) Parkplatz vor dem „Centre Sportif André Siebenbour“: gesperrt vom 23. September bis zum Ende der Arbeiten.
- b) Boulevard Kennedy, Niederkerschen: Parkverbot vor der Hausnummer 180, vom 21. September bis zum Ende der Arbeiten.

*Einstimmiger Beschluss.*

**Punkt 26: Fragen und Antworten**

**Rat Yves CRUCHTEN (LSAP):** An einzelnen Baustellen, wie beispielsweise in der „Rue de la Résistance“, sollte man die Beschilderung überprüfen. Diese ist an manchen Stellen irreführend, vor allem für Fußgänger.

In der Ausfahrt der „Aktivitätszone Robert Steichen“ ist der Straßenbelag beschädigt und muss ausgebessert werden.

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Wir geben diese Anregungen an die zuständigen Instanzen weiter.

**Rat Lucien FUSULIER (LSAP):** Wieso gibt es in Käerjeng keine LASEP-Kurse für den 4. Grundschulzyklus?

**Schöffin Josée-Anne SIEBENALER-THILL (déi gréng):** Weil aktuell niemand aus dem Lehrpersonal daran interessiert ist, diese Kurse abzuhalten.

**Rat Fred REUTER (LSAP):** Ich habe bereits zweimal nachgefragt, wann denn in der „Cité Huelegäertchen“ der endgültige Straßenbelag aufgetragen wird. Gibt es diesbezüglich Neuigkeiten?

**Schöffe Jeannot JEANPAUL (BIGK):** Leider kann ich immer noch nur die gleiche Antwort geben. Es gibt Divergenzen mit dem Bauunternehmer. Derzeit gibt es noch ein zu klärendes Problem an der Kanalisation.

**Rat Guy SCHOLLER (CSV):** Ich begrüße die Tatsache, dass jetzt überall in der Gemeinde Defibrillatoren angebracht wurden. Jedoch weiß niemand so genau, wie man damit umgeht. Sollte man diesbezüglich nicht einen Informationsabend veranstalten?

**Bürgermeister Michel WOLTER (CSV):** Inzwischen verfügt die Gemeinde über 20 Defibrillatoren, verteilt in allen Ortschaften und in allen Sportstätten der Gemeinde. Wir haben vor, den alljährlichen Erste-Hilfe-Kurs, bei welchem ein Abend dem Thema Defibrillatoren gewidmet ist, an eben diesem Abend zu erweitern, indem wir jeden Interessenten und besonders Vereinsvertreter einladen, an diesem Kurs teilzunehmen.

Ende der Sitzung: 20h30